

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)  
9 1520-15

## Inhalt

Eine Weltwährungsinitiative der G 7-Staaten fordert anlässlich des 50. Jahrestages von Bretton Woods, Prof. Dr. Uwe Jens MdB.

Seite 1

Der Pünktchenpartei geht es mehr um Schlagzeilen im Sommerloch als um seriöse Orientierung unserer Außenpolitik, wirt Dr. Eberhard Brecht der FDP vor.

Seite 2

Die Aufgaben der Polizei im gesellschaftlich veränderten Osten Deutschlands umreißt der brandenburgische Innenminister Ahwin Ziel.

Seite 3

Eine Mißachtung der Mehrheit der Bevölkerung ist die Nichtaufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz für Marlanne Klappert MdB.

Seite 6

48. Jahrgang / 124 / 1. Juli 1994

### Anlaß für Neubeginn

Zum 50. Jahrestag der Währungskonferenz von Bretton Woods

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vor genau fünfzig Jahren, am 1. Juli 1944, begann die Internationale Währungskonferenz von Bretton Woods, mit der eine neue Weltwährungsordnung geschaffen wurde. Mit ihr wollten die Initiatoren, allen voran die USA, schon vor Kriegsende die Grundlage für einen Neubeginn in der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit nach dem Zweiten Weltkrieg schaffen. Mit dem Dollar als Leitwährung, festen Wechselkursen der anderen Währungen zum Dollar und untereinander, Konvertierbarkeit und Dollar-Gold-Garantie wurde eine Weltwährungsordnung geschaffen, von der Vertrauen und Stabilität ausgingen als Voraussetzung für die nach Kriegsende einsetzende enorme Entwicklung von Welthandel und weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit. Die Gründung von Weltbank und Weltwährungsfonds folgten unmittelbar und stellten zusammen mit dem Weltwährungssystem von Bretton Woods und dann aus der Havanna-Charta hervorgegangenen Welthandelsabkommen (GATT) das Fundament der neuen Weltwirtschaftsordnung der Nachkriegszeit dar. Zusammen mit den Marshallplanhilfen wurde auf dieser Grundlage der rasche Wiederaufbau in Westeuropa, eine enge weltwirtschaftliche Zusammenarbeit und durch den rasanten Anstieg des Welthandels in vergleichsweise wenigen Jahren Vollbeschäftigung, Wohlstand und ein hohes Einkommensniveau auch bei uns erreicht.

Das Währungssystem von Bretton Woods garantierte Währungsstabilität immerhin über 27 Jahre lang bis zu seinem Zusammenbruch, der im August 1971 mit der Aufhebung der Gold-Dollar-Konvertierbarkeit und dem Washingtoner Währungsabkommen, mit dem die Phase des Währungsfloatings, der flexiblen Wechselkurse, begann. Tiefgreifende Strukturverschiebungen zwischen den wichtigsten Welthandelsnationen, zu denen die Bundesrepublik schon seit den sechziger Jahren gehörte, und die überaus große Dollarexpansion in den siebziger Jahren zwangen dazu, das Währungssystem von Bretton Woods abzuschaffen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt und Frankreichs Staatspräsident Giscard d'Estaing erkannten frühzeitig, daß Währungsstabilität und eine enge währungspolitische Zusammenarbeit wichtige Voraussetzungen für wirtschaftliche und politische Integration sind. Sie schufen daher das Europäische Währungssystem, das ebenfalls die notwendige Währungsstabilität auf der Grundlage fester Wechselkurse

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 19 01 67, 53097 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verliehten Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



mit engen Bandbreiten, Vollkonvertierbarkeit, währungspolitischer Kooperation der Notenbanken und dem ECU als Verrechnungseinheit in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft schuf. Der enorme Schwung, den der innergemeinschaftliche Handel zwischen den Mitgliedsländern in den achtziger Jahren nahm, und der im Europäischen Binnenmarkt einmündete, ist letztendlich auch das Verdienst der beiden Väter des Europäischen Währungssystems. Daß das EWS gerade ein Jahr nach Vollendung des Binnenmarktes selbst aus den Fugen geriet, ist zwar tragisch, aber logische Konsequenz auseinanderdriftender Entwicklungen und mangelnder wirtschafts- und finanzpolitischer Zusammenarbeit der Regierungen. Denn jedes Währungsgefüge hält seine Dienste so lange, wie die verantwortlichen Regierungen für wirtschaftlichen Gleichklang durch enge Koordination ihrer Politik sorgen.

Die jüngste Dollarschwäche, der plötzliche Anstieg der langfristigen Zinsen, die erratischen Kursschwankungen auf den Wertpapiermärkten der Welt sind Ausdruck allergrößter Unsicherheit auf den Weltfinanzmärkten. Niemand weiß, wohin täglich Milliardenbeträge an freien Finanzmitteln ihre Wege suchen. Unsicherheit auf den Weltkapitalmärkten ist die größte Gefahr für den Welthandel, die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit und für die notwendige Wiedergewinnung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Unsicherheit auf den Weltkapitalmärkten und Instabilität zwischen den wichtigsten Weltwährungen ist das genaue Gegenteil von dem, was zur Überwindung weltweiter Konjunkturschwächen gebraucht wird.

Der 50. Jahrestag der Währungskonferenz von Bretton Woods sollte Anlaß sein, über Möglichkeiten zur Wiedergewinnung von Stabilität und Vertrauen in den Währungsbeziehungen der Industrieländer nachzudenken. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch. Immerhin hat schon vor einiger Zeit eine Kommission unter Leitung des ehemaligen US-Notenbankpräsidenten Volcker ein konkrete Konzept für mehr Währungsstabilität vorgelegt, in dem in Anlehnung an das EWS ein System aus Bandbreiten, Kontrollmechanismen und Interventionsregeln der wichtigsten Weltwährungen im Rahmen der G-7-Länder vorgeschlagen wird. Schon vorher haben amerikanische Wirtschaftswissenschaftler dafür plädiert, Kapitalbewegungen auf der Welt mit einer Kapitalverkehrsabgabe zu belegen.

Es ist Zeit für einen Neubeginn in der Weltwährungspolitik. Es ist zu hoffen, daß die Regierungschefs der G-7-Länder sich ihrer Verantwortung bewußt sind. Im Namen von 18 Millionen arbeitssuchenden Menschen in der Europäischen Union und 38 Millionen Arbeitslosen in der OECD fordern wir den Bundeskanzler und seine Kollegen zum verantwortungsbewußten Handeln auf. Von Neapel muß eine Weltwährungsinitiative ausgehen!

(-/1. Juli 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Pünktchenpartei im Glaushaus**  
**Schlagzellen im Sommerloch ersetzen keine seriöse Politik**

**Von Dr. Eberhard Brecht MdB**  
**Vorsitzender des UNO-Unterausschusses**

Aufgrund der für den 12. Juli angesetzten Urteilsverkündung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Rahmen der UNO hat die FDP angekündigt, in der Sommerpause eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Eine derartige Sondersitzung ist weder juristisch, noch politisch gerechtfertigt - ganz zu schweigen von den unverhältnismäßigen Kosten, die dadurch entstehen. Was immer das höchste deutsche Gericht entscheiden wird, der Respekt vor diesem Verfassungsorgan gebietet es, erst nach der Urteilsverkündung und nach dessen eingehendem Studium die möglicherweise erforderlichen gesetzlichen Grundlagen für eine Mitwirkung der Bundeswehr an Friedensaktionen der UNO zu erarbeiten. Die Sorgfalt des Gesetzgebers ist gefragt, nicht die heiße Stricknadel. Im übrigen ist die Bundeswehr wegen des von der Regierungskoalition zu verantwortenden Planungschaos derzeit nicht in der Lage, an 'out of area'-Missionen teilzunehmen.

Die Eile der FDP ist allzu durchsichtig. Ihr geht es in Wahrheit nicht um die Verfassung und um die Bundeswehr, sie denkt vielmehr an sich selbst zuerst. Als niedergehende Partei greift sie nach jedem Strohalm, der sich ihr bietet. Jetzt wittert sie die Chance, endlich einmal wieder als "Siegerin" in die Schlagzeilen zu kommen - und das auch noch im Sommerloch. Sie hofft, die SPD mitten im Wahlkampf vorführen zu können, indem sie sie von der juristischen Klägerbank auf die politische Anklagebank zu befördern versucht. Der Aktionismus der Sondersitzung soll vergessen machen, daß die Pünktchenpartei das politische Akrobatentstück fertig brachte, faktisch Klägerin und Beklagte in einem zu sein. Die FDP sitzt im Glashaus und wirft mit Steinen! Das macht ihr so leicht niemand nach.

Sie müßte doch wissen, daß es bei der anstehenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht allein darum gehen kann, Recht zu behalten, indem man Recht bekommt, sondern auch darum, daß wir endlich Rechtsklarheit erhalten. Schließlich war die Verfassungswidrigkeit von Bundeswehraktionen jenseits der Bündnisgrenzen keine sozialdemokratische Erfindung. Zu hoffen ist auf ein Ende des leidigen Rechtsstreits, damit die politische Debatte um unsere außenpolitischen Orientierungen erst recht beginnen kann.

(-/1. Juli 1994/hgs/fr)

\*\*\*\*\*

**Die Sicherheit der Bürger läßt sich nicht privatisieren**  
**Der gesellschaftliche Wandel verlangt nach einer anderen Polizei**

**Von Alwin Ziehl**  
**Innenminister des Landes Brandenburg**

Der Wandel innerhalb unserer Gesellschaft und jene tiefgreifenden Veränderungen vor allem jenseits unserer östlichen Grenzen erfordern auch höchste Anstrengungen um neuartige Sicherheitskonzepte. Konzepte, die vom Staat ausgehen müssen. Ich bin dafür, daß das Gewaltmonopol beim Staat bleibt. Denn nur der Staat kann auf der Grundlage seiner demokratischen Verfassung Würde und Rechte des Menschen bewahren. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich dieses Monopol schrittweise in Richtung privater Organisationen verschiebt. Das hätte bei der Ausübung polizeilicher Gewalt verheerende Folgen. Damit sage ich nichts gegen mögliche Ausnahmen, wie beispielsweise die Überwachung des ruhenden Verkehrs durch private Schutzkräfte. Doch insgesamt dürfen die aufwendigen Kosten für das Funktionieren der Polizei kein Argument für Privatisierungsabsichten sein. Die Sicherheit der Bürger läßt sich nicht privatisieren.

Dennoch meine ich: Die partnerschaftliche Mitarbeit der Bürger zum Gewährleisten der Sicherheit ist keine Kapitulation des Staates vor wachsender Gewalt - wie manche behaupten. Die Massenkriminalität geht alle an. Sie ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, und die Gesellschaft muß daher als Ganzes gegen sie vorgehen.

Wir in Brandenburg fördern dies derzeit unter anderem in einem Modellversuch "Sicherheitspartnerschaft", mit dem wir in zehn ausgewählten Orten des Landes bis zum Herbst Erfahrungen sammeln. Die Bereitschaft der Bürger ist groß, in gewaltfreiem Miteinander Ordnung und Sicherheit mit zu gewährleisten.

Das sind keine mit Gummiknüppel und Trillerpfeife ausgestattete Hilfspolizisten, sondern Sicherheitspartner im besten Sinne des Wortes, die beispielsweise regelmäßig ihre Runden durch den Ort machen und für den Notfall über Telefon einen "heißen Draht" zum Polizeirevier haben. Ansonsten haben sie dieselben Befugnisse wie jeder andere Bürger auch. Uns geht es im Kern darum, das Bürgerengagement für mehr Sicherheit zu wecken. Das beginnt bei der Nachbarschaftshilfe und dem Hinschauen statt Wegschauen, wenn der Nächste in Bedrängnis gerät. Daneben wenden wir uns natürlich an die kommunalen Verantwortungsträger, um auch sie für die Kriminalitätsverhütung zu gewinnen.

Der gesellschaftliche Wandel verlangt auch eine andere Polizei. Dieses Deutschland ist nicht mehr das, was es bis 1990 war. Es war ein ungeheurer Glücksfall, daß die von allen gewollte

Einheit so friedlich verlaufen ist. Doch die Mühen beginnen erst. Der Sozialstaat Westdeutschland durchläuft mit dem "östlichen Zugewinn" einen eben solchen Wandel, wie ihn die neuen Bundesländer durchleben.

Die Einheit braucht ihre Zeit. Was aus jahrhundertelanger gemeinsamer Geschichte selbstverständlich erschien, kam in 50 Jahren zu großen Teilen abhanden. Die Menschen haben sich weiter voneinander entfernt, als viele wahrhaben wollen. Neue Risse sind nur dauerhaft zu kitten, wenn alle verstanden haben, was es tatsächlich heißt, die Teilung durch Teilen zu überwinden. Das ist nicht nur materiell gemeint. Das meint auch Verständnis füreinander, meint Solidarität, meint Achtung der Würde und meint Toleranz.

Vieles von dem, was die Polizei immer wieder in Atem hält und sie in die Schlagzeilen hievt, ist dem Nichtbeherrschen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung geschuldet. Die Elbogengesellschaft, wie sie sich vielen darstellt, macht viele Menschen aggressiv, mindert die Hemmschwellen der Gewaltbereitschaft. Das muß nicht immer mit finanziellen Nöten zu tun haben. Mehr Ängste erzeugen Ausgegrenztheit, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit. Wo von Aufschwung gesprochen wird, während gleichzeitig fünf Millionen Arbeitsplätze fehlen, eine Pleitewelle ohnegleichen über Deutschland hinwegzieht und die Staatsverschuldung kaum noch zu regulierende Dimensionen erreicht hat - da wird auch Kriminalität zum täglichen Begleiter des Lebens.

Innerer Frieden und öffentliche Sicherheit sind zuallererst über eine - nennen wir es mal so verknappt - zufriedene Gesellschaft zu erreichen. Die beste Prävention besteht immer noch in einer guten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die die vereinigungsbedingten Probleme nach und nach beseitigt.

Der Interessenausgleich zwischen den Menschen, ihren Organisationen, ihren verschiedenen Lebensumständen fordert das Zusammenspiel von Politik und Staat, von Justiz und Polizei. Das ist ein ganz spannender Prozeß, ständig auf der Suche nach dem ausgleichenden Konsens, aber auch unnachgiebig, wo verbriefte Rechtspositionen gefährdet sind.

Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen verlangt nach mehr als nur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. Es setzt in erster Linie auf Ihr Verständnis, den bedrängten Bürgerinnen und Bürgern zu Hilfe zu eilen, ihnen in der Not Unterstützung zu geben. Sie erwarten von Ihnen, daß Sie mit dem Einbruch von Kriminalität in das Leben der Bürger fertig werden, daß Sie schlichtend eingreifen, daß Sie Konflikte bewältigen helfen.

In dem Maße, wie vielerorts die Bedrohung für den Bürger wächst, muß er erfahren, daß Polizei und Justiz jeglicher Bedrohung konsequent begegnen. Er muß spüren, daß seine Ängste unbegründet sind und Vertrauen in polizeiliche Maßnahmen fassen. Das erfordert beispielsweise auch, daß die beweiskräftige Festnahme mit allen polizeilichen und rechtsstaatlichen Mitteln gesichert ist, damit die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen kann. Das gehört zu den Ursprüngen unseres Rechtsverständnisses und demonstriert dem Bürger am eindrucksvollsten den Umgang mit dem Gewaltmonopol.

Sie bewegen sich also in diesem ambivalenten Spannungsfeld von Konfliktlösung und Zwangsanwendung. Das ist ein außerordentlich hoher Anspruch an das physische und psychische Leistungsvermögen eines Menschen.

Vor allem die Kollegen aus den jungen Bundesländern haben hier eine für sie neue Form der Ausbildung mit anderen Inhalten erfahren. Sie werden dieser Erkenntnis für ihre tägliche Arbeit dringend bedürfen. Denn Entstehen und Entwicklung von Kriminalität unterliegt in den neuen Bundesländern besonderen Bedingungen.

Zum einen ist da die ungünstige kriminal-geographische Lage. Die lange Grenze zu den osteuropäischen Ländern birgt in den benachbarten Bundesländern eine besonders hohe Grenz- und Transitzkriminalität mit sich, denn das krasse Wirtschaftsgefälle zwischen Ost und West lockt zahlreiche Straftäter an. Auch die Millionenstadt Berlin inmitten des dünn besiedelten Brandenburger zeigt Wirkung - ihre Großstadtkriminalität strahlt zunehmend auf das Umland aus.

Zum anderen ist zwar der Aufbau rechtsstaatlicher Polizeistrukturen in den neuen Bundesländern weitgehend abgeschlossen, doch müssen sich diese Strukturen erst festigen. Mag sein, daß in dieser Aufbau- und Umstrukturierungsphase Klein- und Großkriminelle aller Couleur zeitweise Oberwasser witterten.

Doch unser - jetzt spreche ich speziell für Brandenburg - seit dem Herbst des Vorjahres verstärktes Bemühen zur Kriminalitätsbekämpfung beginnt zu greifen. An der Aufklärungsquote läßt sich ablesen, daß unsere Maßnahmen Wirkung zeigen:

Hatten wir Ende 1993 eine Quote von knapp über 30 Prozent, so zeichnet sich nach den ersten fünf Monaten dieses Jahres in der Tendenz eine kontinuierliche Steigerung ab. Erste Berechnungen ergaben landesweit für die ersten fünf Monate dieses Jahres eine Quote von 38,7 Prozent. Gleichzeitig scheint der Kriminalitätszuwachs gebremst. Die Zahlen 1994 signalisieren, daß sich die unerträglichen Zuwachsraten des vergangenen Jahres nicht fortsetzen.

Zu solchen positiven Entwicklungen zählt auch unser Einsatz gegen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Gewalttäter. Die Statistik belegt, daß unsere Polizei eben nicht auf dem rechten Auge blind ist, wie es nach den Magdeburger Krawallen von einigen Medien immer wieder kolportiert wird. Wer daran zweifelt, möge unsere Brandenburger Chronologie der Verfolgung rechtsextremer Gewalt zur Hand nehmen. Wir sind nicht zaghaft im Umgang mit solchen Gewalttätern, dulden weder Aufmärsche noch Nazisymbole. Unsere Sonderkommission gegen fremdenfeindliche und rechtsorientierte Gewalt (SOKO RaGa) hat die Welle dieser Gewalt gebrochen. In Sachsen gelang dies gleichfalls der SOKO Rex.

Dieser Schwerpunkt polizeilicher Arbeit richtet sich nicht nur gegen rechtsextremistische Gewalttäter, sondern schließt auch andere polizeiliche Möglichkeiten, wie etwa das Versammlungsverbot, ein. Unter den Innen- und Justizministern der Bundesländer besteht Einigkeit darüber, daß die rechtsstaatlichen Regelungen auch Vereinsverbote umfassen und sich gegen Symbole rechtsextremistischer Gruppierungen richten müssen, die nicht strafrechtsbewehrt sind. Mit dem Verbot der Reichskriegsflagge habe ich ein deutliches Zeichen gesetzt.

Sorgen bereitet uns auch die Organisierte Kriminalität. Es sind überwiegend internationale, osteuropäische Tätergruppen, die in wachsendem Maße in Deutschland Straftaten begehen. Brennpunkte der grenzüberschreitenden Kriminalität sind die internationale KFZ-Verschlebung, der Menschenhandel, Straftaten aus dem Rotlichtmilieu, Raub und Erpressung. Das ist eine unheilvolle Entwicklung, die grenzüberschreitend mit allen Mitteln bekämpft werden muß, bevor sich die Organisierte Kriminalität wie ein Krake in der Gesellschaft auszubreiten beginnt.

Das sind - in aller Kürze - einige Aspekte künftiger Polizeiarbeit. Die Organisierte Kriminalität, die Massenkriminalität, wachsende Gewaltbereitschaft, Rechtsextremismus - das wird auch ganz Europa beschäftigen. Wir müssen uns darauf einstellen, landübergreifend Polizeiarbeit zu leisten. Was diesbezüglich zu den westeuropäischen Ländern nach jahrzehntelang bewährten Regeln läuft, muß auch in Richtung Osteuropa funktionieren. Es muß bald zum Abschluß eines Abkommens über die vertiefte und verbesserte Zusammenarbeit mit unseren osteuropäischen Nachbarstaaten kommen.

Erste Schritte sind in einem Abkommen über die Zusammenarbeit mit Polen in den Grenzgebieten getan. Aber wirksame Aktivitäten gegen die länderumfassende Kriminalität lassen sich wohl erst in einem Gesamtpaket von Maßnahmen ergreifen. Neben solchen bilateralem Aufbau polizeilicher Gemeinsamkeiten müssen wir Europol beschleunigt einrichten. Die Zeit drängt, weil sich die Strukturen der Organisierten Kriminalität zu verfestigen drohen. Darum müssen auch die Ausgleichsmaßnahmen für den Wegfall der innereuropäischen Grenzkontrollen (Schengener Abkommen) zügig umgesetzt werden.

Die Ständige Konferenz der Innenminister hat überdies die Einrichtung eines Ost-West-Sicherheitsrates angeregt, der regelmäßig alle für Sicherheit zuständigen Behörden zusammenbringt.

Will man der steigenden Kriminalität Herr werden, muß man neben verstärkten polizeilichen Anstrengungen auch Gesetzesänderungen in Erwägung ziehen. Eine Verschärfung bestehender Gesetze wird jüngst sehr widersprüchlich in Bundestag und Bundesrat diskutiert. Ich meine, wir dürfen nicht in Torschlußpanik verfallen und gänzlich ohne Not liberale rechtsstaatliche Grundsätze aufgeben. Wir sollten Augenmaß bewahren, uns nicht verbeißen in gegensätzlichen Standpunkten, sondern das durchsetzen, was konsensfähig ist.

<sup>\*)</sup> Rede vor der Polizeiführungsakademie in Münster

(-/1.7.1994/vo-he/hgs)

\*\*\*\*\*

**Das Tierschutzgesetz bleibt ein Papiertiger  
Nichtaufnahme des Tierschutzes in die Verfassung mißachtet Mehrheitswillen der  
Bevölkerung**

**Von Marianne Klappert MdB  
Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion**

Die CDU/CSU stößt mit ihrer Ablehnung der Verankerung des Tierschutzes im Grundgesetz die Mehrheit unserer Bevölkerung vor den Kopf. Nachdem schon eine umfassende Novellierung des Tierschutzgesetzes in dieser Legislaturperiode gescheitert ist, ist damit zum zweiten Mal binnen kurzer Zeit eine Gelegenheit verpaßt worden, dem Tierschutz auch rechtlich den Stellenwert einzuräumen, der ihm gebührt.

Nach wie vor treffen damit Tierquälereien in vielen Bereichen auf unzureichende rechtliche Regelungen. Die Behauptung von CDU/CSU, das Tierschutzgesetz reiche aus, um gegen Unzulänglichkeiten und Verstöße bei Tierhaltung, Tiertransporten, Tierversuchen et cetera wirkungsvoll vorgehen zu können, wird auch durch die ständige Wiederholung nicht wahrer. Und die Interpretation, mit dem im Staatsziel Umweltschutz verankerten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen seien auch die Tiere erfasst, ist lediglich eine Beruhigungsspiße, in der Sache bringt sie nichts. Ohne die explizit verfassungsrechtliche Absicherung des Tierschutzes im Grundgesetz bleibt das Tierschutzgesetz ein Papiertiger.

Nach einer glaubwürdigen Umfrage aus dem letzten Jahr befürworten 84 Prozent der Bevölkerung die Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung. Die SPD hat sich von Anfang der Beratungen an zum entschiedenen Fürsprecher diese Mehrheit gemacht und nichts unversucht gelassen, einen Konsens mit den Regierungsparteien zu finden. Mit der größten Regierungsfraktion war das unmöglich. Sie hat sich schlicht verweigert und den Mehrheitswillen souverän mißachtet. Somit bleibt eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe weiterhin unerledigt.

Mit der Ablehnung des Vorhabens, den Tierschutz in das Grundgesetz aufzunehmen, ist allerdings das Thema nicht vom Tisch. Die SPD wird weiterhin dafür kämpfen, den Tierschutz verfassungsrechtlich abzusichern. Den vielen jetzt enttäuschten und zu Recht empörten Tierschützern bleibt als unmittelbare Reaktion, bei der bevorstehenden Bundestagswahl, die Partei, die sich diesem Ziel widersetzt haben, ebenso souverän zu mißachten wie diese den Mehrheitswillen der Bevölkerung.

(-/1.7.1994/vo-he/ru)

\*\*\*\*\*